



Suchergebnisse: Kultusgemeinde

10. Juni 1813 – Im Königreich Baiern tritt das Judenedikt in Kraft

München - Königreich Baiern * Das sogenannte „Baierische Judenedikt“ regelt erstmals einheitlich die „Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern“. Es stellt einen wichtigen Schritt zur rechtlichen Eingliederung der Juden in den bayerischen Staat dar, enthält jedoch zugleich zahlreiche Einschränkungen. Einerseits bringt das Edikt Verbesserungen: Juden erhalten mehr bürgerliche Rechte, dürfen Grundbesitz erwerben und werden stärker in das staatliche Leben integriert. Das Edikt schafft zusätzlich die rechtliche Grundlage für die Bildung jüdischer Kultusgemeinden sowie für die Einrichtung von Gotteshäusern und Friedhöfen. Damit wird jüdisches Gemeindeleben offiziell anerkannt und gefestigt. Andererseits bleibt das Edikt stark von staatlicher Kontrolle geprägt. Besonders bedeutend war das sogenannte Matrikelgesetz. Für jede Gemeinde wird eine feste Höchstzahl jüdischer Familien festgelegt. Nur wer eine Matrikelstelle besitzt, darf sich dauerhaft niederlassen, heiraten und eine Familie gründen. Viele junge Juden konnten deshalb keine eigene Familie in ihrer Heimat gründen und sind zur Auswanderung gezwungen, häufig nach Nordamerika. Außerdem begünstigt das System wohlhabendere Familien, die leichter Matrikelstellen sichern können. Das Judenedikt ist einerseits ein Schritt zur rechtlichen Konsolidierung und Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, andererseits aber auch ein Instrument zur Begrenzung und Kontrolle jüdischen Lebens in Baiern.

25. Januar 1815 – 39 jüdische Männer gründen die Israelitische Kultusgemeinde

München * 39 jüdische Männer gründen in der Wohnung von Judith Wertheimer, der Witwe des kurfürstlichen Hoffaktors Abraham Wolf Wertheimer, die Israelitische Kultusgemeinde. Sie ist die erste anerkannte jüdische Gemeinde Münchens nach der Vertreibung der Juden im Jahr 1442.

1816 – Debatte über den Bauplatz der Münchner Synagoge

München * Bei der Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Synagoge bevorzugten die Behörden zunächst einen Neubau außerhalb des Stadtzentrums. Ihr Vorschlag, die Synagoge „nahe dem Theater am Isartor“ zu errichten, stößt bei der Kultusgemeinde jedoch auf wenig Zustimmung. Das Grundstück wird nicht nur wegen seiner abgelegenen Lage abgelehnt; auch



die unmittelbare Nähe zum Theater sowie zu mehreren Schlachthöfen erscheint der Gemeinde für eine religiöse Einrichtung als unangemessen und unwürdig. Stattdessen bringt die Gemeinde ein brachliegendes Grundstück ins Gespräch, das sich im Besitz der Stadt befindet und hinter dem Polizeigebäude an der Lederergasse liegt. Der Stadtmagistrat wird daraufhin um die Überlassung dieses Grundstücks gebeten.

24. März 1816 – Die erste Bestattung auf dem jüdischen Friedhof

Thalkirchen * Die Israelitische Kultusgemeinde München hat eine Genehmigung zur Anlage eines jüdischen Friedhofs an der Thalkirchner Straße erhalten. Dieser kann am 24. März 1816 eingeweiht werden. Es ist der erste jüdische Friedhof Münchens seit der Vertreibung der Juden im Jahr 1442. Zuvor mussten Münchner Juden ihre Verstorbenen außerhalb der Stadt, etwa in Kriegshaber bei Augsburg, bestatten.

August 1822 – Die Israelitische Kultusgemeinde erwirbt einen Bauplatz

München-Angerviertel * Nach langen Auseinandersetzungen mit den staatlichen und städtischen Behörden erwirbt die pragmatische Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde vom königlichen Irrenarzt Dr. Johann Baptist Sax das Haus Nr. 492b in der Theaterstraße als Bauplatz.

März 1824 – Pläne für eine Synagoge in der Lederergasse

München * Die Gruppe der Israelitischen Kultusgemeinde, die für den Bau der Synagoge in der Lederergasse eintritt, macht nochmal einen Vorstoß für den von ihr gewünschten Bauplatz. Während der Stadtmagistrat dem Vorschlag positiv gegenüber steht, lehnt das Gremium der Gemeindebevollmächtigten das Ansinnen ab und verweist auf die Erweiterung des Viktualienmarkts und städtischen Neubauten.

April 1824 – Das Synagogen-Projekt Lederergasse ist gescheitert

München * Weitere Interventionen der Israelitischen Kultusgemeinde an die die Gremien der Stadtregierung zum Bau der Synagoge in der Lederergasse bleiben erfolglos.

27. Mai 1825 – Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München



München * Noch während des Baues der Synagoge erlässt die Administration der Israelitischen Kultusgemeinde „Statuten für die innere Ordnung der Synagoge in München“.

30. Januar 1866 – Mittelersuchen für einen Synagogen-Neubau

München * Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde bittet den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Neubau einer größeren Synagoge. Doch erst muss ein geeigneter Bauplatz gefunden werden, wobei sich diese Suche als ebenso schwierig gestaltet wie die weitere Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Die Verhandlungen ziehen sich in die Länge.

30. Januar 1866 – Finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge

München * Weil das anno 1826 fertiggestellte jüdische Gotteshaus an der Westenriederstraße - mit seinen 160 Männer- und 160 Frauen- Betplätzen - bald aus allen Nähten zu platzen droht, bittet der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde den Münchner Stadtmagistrat um finanzielle Unterstützung für den Bau einer größeren Synagoge.

April 1876 – Orthodoxe Münchner Juden setzen auf Tradition

München * Die Einführung eines neuen Gebetbuchs und der - traditionell nicht üblichen - Neugestaltung des Gottesdienstes mit Orgelbegleitung und Chorgesang veranlasst eine kleinere Gruppe orthodoxer Gemeindemitglieder zur Gründung des Vereins Ohel Jakob. Die Traditionalisten wollen „einen permanenten Gottesdienst nach früheren, in der hiesigen Synagoge üblich gewesenen Ritus“ abhalten. Aus diesem Grunde treffen sich die Orthodoxen in verschiedenen, über das ganze Stadtgebiet verteilten Betsälen, darunter in der Kanalstraße 29, heute Herzog-Rudolf-Straße. Trotz der Differenzen spalten sie sich nicht von der Israelitischen Kultusgemeinde ab.

1878 – Das katholische Stadtpfarramt lehnt die Leichenverbrennung ab

Gotha * In Gotha entsteht Deutschlands erste Leichenverbrennungsanlage. Der Münchner Magistrat befragt daraufhin die drei Religionsgemeinschaften über Einwände gegen die Feuerbestattung. Während die Israelitische Kultusgemeinde keinerlei Einwand sieht und das



protestantische Stadtpfarramt Änderungen des Ritus für unnötig erachtet, lehnt das katholische Stadtpfarramt die Leichenverbrennung kategorisch ab. Fürsprecher findet diese Bestattungsform bei den Sozialdemokraten. Sie fordern eine allgemeine Einführung der Feuerbestattung als einzige Möglichkeit, Chancengleichheit zu gewähren, da mit der Leichenverbrennung endlich die Klassenbegräbnisse hinfällig werden würden.

14. Februar 1884 – Die Bauarbeiten an der Hauptsynagoge beginnen

München-Kreuzviertel * Die Bauarbeiten an der neuen Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 beginnen und lassen das jüdische Gotteshaus in die Höhe wachsen. Zwischenzeitlich hat die Israelitische Kultusgemeinde den Beschluss gefasst, die nahezu sechzig Jahre alte Synagoge an der Westenriederstraße nicht zu erhalten und statt dessen die finanziellen Mittel für die erforderlichen Sanierungsarbeiten in den Bau der neuen Haupt-Synagoge zu investieren.

August 1887 – Münchens neue Hauptsynagoge prägt das Stadtbild

München-Kreuzviertel * Im Sommer 1887 können die Außen- und Innenarbeiten an der Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 abgeschlossen und der Sakralbau seiner Bestimmung übergeben werden. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbstständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Das „Münchener Tagblatt“ vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmückkästchen München“ nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ sei. „Besonders markant und in die Augen springend ist der Turm, der an der westlichen Front über der Vorhalle des Männerraumes und einem Teile der Frauen-Empore errichtet ist. Den Hauptteil der Synagoge bildet der dreischiffige, in 5 Joche gegliederte Hallenbau, der bei einer Länge von 50 Metern rund 30 Metern Breite hat. Das Mittelschiff hat eine Höhe von 18 Metern, die Seitenschiffe von 15 Metern.“ Über die Ausgestaltung im Inneren schreibt der Rabbiner Leo Baerwald: Sie ist „von wohthuender Harmonie in Farbe und Proportionen und wirkt, ohne überladen zu sein, prächtig, da die Synagoge sonst Schlichtheit ausweist“. Und tatsächlich entstand mit der neuen Synagoge ein Bauwerk, das das gewachsene Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde Münchens für jedermann weithin sichtbar macht. Das imposante Bauwerk an prominenter Stelle ist ein Symbol und die stolze Demonstration der Zugehörigkeit der jüdischen Mitbürger zur Münchner Stadtgesellschaft. Die nichtjüdische Gesellschaft hat die jüdische Religiosität und Kultur inzwischen weitgehend respektiert. Bis zur Akzeptanz ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das zeigt auch die Formensprache der Synagoge. War schon das Gebäude an der Westenriederstraße äußerlich



ein schlichtes, architektonisch unauffälliges Gotteshaus, so lehnt sich auch der Neubau in seiner gestalterischen Orientierung stark an christliche Sakralbauten an. Selbst wenn das Bauwerk beeindruckender ausfiel, so musste die Israelitische Kultusgemeinde dennoch weitgehend auf eine eigenständige architektonische Ausdrucksweise verzichten.

16. September 1887 – Die neue Hauptsynagoge wird feierlich eingeweiht

München-Kreuzviertel * Um 17 Uhr erfolgt - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus. Architekt der Münchner Synagoge ist Albert Schmidt, der zuvor schon die Planungen für die protestantische Lukas-Kirche, die Deutsche Bank und den Löwenbräukeller ausgeführt hat. Der gesamte Kostenaufwand von über 1,5 Millionen Mark für die Kirche und das danebenstehende Gemeindehaus hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Jüdischen Kultusgemeinde bis an die Grenzen des Erträglichen belastet. Die Finanzierung des ehrgeizigen Bauvorhabens erfolgt in erster Linie durch Geld- und Sachspenden, aber auch durch den Verkauf von Betstühlen, die zwischen 200 und 1.700 Mark kosten. Der Preis richtet sich nach seinem Platz innerhalb des Sakralraums und der Nähe zur Heiligen Lade. Die neue Haupt-Synagoge entwickelte sich rasch zu einem Mittelpunkt des religiösen und kulturellen Lebens der Münchner Juden. Neben den Gottesdiensten wird das Haus auch für Konzerte und Vorträge genutzt. Das Anwachsen der Kultusgemeinde und der damit verbundene erhöhte Verwaltungsaufwand macht den Bau eines neuen Gemeindehauses notwendig.

Oktober 1887 – Keine orthodoxe Synagoge in der Theaterstraße

München-Angerviertel * Mit der Fertigstellung der neuen Hauptsynagoge wird das Gesuch gestellt, die bisherige Synagoge an der Westenriederstraße den Orthodoxen mietweise zur Verfügung zu stellen. Teils um die Spaltung der Gemeinde nicht zu vertiefen, teils aus finanziellen Gründen wird die Bitte abgelehnt, die alte Synagoge stattdessen verkauft. Eine Restaurierung des baufälligen Hauses wäre teuer gewesen, der Erlös aus dem wertvollen Grundstück wurde von der Kultusgemeinde dringend benötigt.

1889 – Gemeindezentrum an der Herzog-Max-Straße 3 eröffnet



München-Kreuzviertel * Der Bau des Gebäudes an der Herzog-Max-Straße 3 ist fertiggestellt. Er beherbergt - bis zur Enteignung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1938 - neben Wohnungen und zwei Betsälen das Wohlfahrts- und Jugendamt sowie die Israelitische Armenpflege, das Rabbinat und die Kanzlei der Münchner Kultusgemeinde.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1897 – Widerstand gegen den ersten Zionistenkongress in München

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München lehnt die von Theodor Herzl initiierte zionistische Bewegung entschieden ab. Herzl plant, den ersten Zionistenkongress in München abzuhalten, da die Stadt als gastfreundlich gilt und über günstige Verkehrsverbindungen verfügt. Der Zionismus, der die Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina anstrebt, stößt bei vielen bayerischen Juden auf Ablehnung. Sie verstehen sich als deutsche Staatsbürger und befürchten, dass zionistische Bestrebungen ihre gesellschaftliche Integration gefährden könnten. Zudem wollen sie vermeiden, antisemitischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, die Juden mangelnde Verbundenheit mit ihrem Vaterland unterstellen. Der Widerstand der Münchner Juden führt schließlich dazu, dass der erste Zionistenkongress 1897 nicht in München, sondern in Basel stattfindet. Das Ereignis verdeutlicht das starke Selbstverständnis vieler Teile des bayerischen Judentums als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft.

Juni 1933 – Die jüdische Gesellschaft in München und Bayern



Bayern - München * In ganz Bayern leben etwa 42.000 Glaubensjuden, also Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaften. Das entspricht 0,55 Prozent der Gesamtbevölkerung. 9.005 davon sind in München ansässig.

22. Juni 1933 – Der NS-Stadtrat fordert die Entfernung des Revolutions-Denkmals

München * Der NS-Stadtrat Hans Zölberlein fordert die Entfernung des Grabmals, das Kurt Eisner und dem Gedenken der Toten der Revolution gewidmet ist, da es „ein Ärgernis für jeden guten Deutschen und alten bayerischen Soldaten“ darstellt. Nachdem die Nationalsozialisten im Jahr 1933 den Gedenkstein zertrümmert haben, übergeben sie Kurt Eisners Urne dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Ungererstraße. Auch Gustav Landauers Grab wird für erloschen erklärt. „Der Abbruch der Denkmäler und die Beseitigung der Aschen hat unverzüglich zu erfolgen.“ Die Urnen von Eisner und Landauer werden der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben, die auch noch die Kosten zu tragen hat.

27. Juni 1933 – Was tun mit Kurt Eisners und Gustav Landauers Urnen ?

München * Nachdem das Denkmal für die „Toten der Revolution - 1919“ am Ostfriedhof abgerissen worden war, wollen die Nationalsozialisten die darin untergebrachten Urnen von Kurt Eisner und Gustav Landauer an die Israelitische Kultusgemeinde Münchens loswerden. Diese antwortet am 27. Juni 1933: „[...] beehren wir uns mitzuteilen, dass wir derzeit nicht feststellen können, ob die Genannten bei Eintritt des Todes dem israelitischen Bekenntnis angehört haben. [...] Wir wollen aber keine Schwierigkeiten schaffen und erklären uns bereit, die Urnen entgegen zu nehmen und sie einstweilen der Erde zu übergeben.“

5. September 1937 – Letztes Jubiläum der Hauptsynagoge

München-Kreuzviertel * Die Israelitische Kultusgemeinde München begeht den 50. Jahrestag der Einweihung der Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße. Damit jährt sich die feierliche Eröffnung des Gotteshauses von 1887 zum letzten Mal. Die bei der Einweihung geäußerte Hoffnung, die Synagoge möge „vor widrigen Schicksalen bewahrt bis in ferne Jahrhunderte übergehen“, erfüllt sich nicht. Bereits wenige Monate später wird das Gebäude auf Anordnung des NS-Regimes abgebrochen. Offiziell erfolgt die Maßnahme aus „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“, tatsächlich wird die Hauptsynagoge als erste Synagoge Deutschlands gezielt von den Nationalsozialisten zerstört. Ihr Abriss markiert einen weiteren



Schritt der systematischen Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.

7. Juni 1938 – Hitler ordnet den Abriss der Hauptsynagoge an

München-Kreuzviertel * Nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus ordnet Reichskanzler und NSDAP-Führer Adolf Hitler persönlich den Abriss der Münchner Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße an. Die Nationalsozialisten begründen die Maßnahme offiziell mit „städtebaulichen und verkehrstechnischen Gründen“. Tatsächlich handelt es sich um einen ideologisch motivierten Akt gegen die jüdische Gemeinde und eines der frühesten sichtbaren Zeichen der verschärften Verfolgungspolitik des NS-Regimes. Mit der Zerstörung der Hauptsynagoge verliert die Israelitische Kultusgemeinde ihr bedeutendstes religiöses und repräsentatives Zentrum. Der Abriss markiert einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Entrechtung und Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben.

8. Juni 1938 – Die jüdische Gemeinde wird vor vollendete Tatsachen gestellt

München-Kreuzviertel * Am Tag nach Hitlers Befehl setzt die Stadt die Repräsentanten der Israelitischen Kultusgemeinde von der Entscheidung zum Abriss der Hauptsynagoge in Kenntnis. Zugleich erfahren sie, dass das Grundstück an der Herzog-Max-Straße 3–7 für 185.000 Reichsmark an die Stadt zu veräußern ist. Ein Einspruch gegen die Maßnahme oder gar Widerstand kommen unter den politischen Bedingungen des NS-Regimes nicht in Betracht. Noch am selben Abend organisiert die Gemeinde einen letzten Gottesdienst in der Synagoge. Zahlreiche Gemeindemitglieder nehmen Abschied von ihrem religiösen und kulturellen Zentrum, dessen bevorstehende Zerstörung das Ende einer Epoche jüdischen Lebens in München symbolisiert.

9. November 1938 – Zerstörung der Ohel-Jakob-Synagoge in der Reichspogromnacht

München-Graggenau * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird die Ohel-Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße während der reichsweiten Novemberpogrome von Angehörigen der SA in Brand gesetzt. Das Gotteshaus brennt vollständig aus, die gesamte Inneneinrichtung wird zerstört. Als Rabbiner Ernst Ehrentreu versucht, die wertvollen Thorarollen zu retten, wird er von den Tätern bedroht und gezwungen, das Gebäude zu verlassen. Die Synagoge, die seit ihrer Einweihung 1892 das religiöse Zentrum der orthodoxen



Juden Münchens bildet, wird damit vernichtet. Nach dem Brand muss die Israelitische Kultusgemeinde sogar die Kosten für den Abriss der Ruine tragen. Die zur Synagoge gehörende Schule wird geschlossen. Heute erinnert eine Gedenktafel an der Herzog-Rudolf-Straße an die Zerstörung des Gotteshauses und an die Auslöschung eines bedeutenden Zentrums jüdischen Lebens in München.

18. November 1938 – Die Israelitische Kultusgemeinde muss Nazi-Maßnahmen durchsetzen

München * Innerhalb des isolierten jüdischen Lebensbereiches wird die Israelitische Kultusgemeinde gezwungen, die staatlichen Terror-Maßnahmen durchzusetzen und zu organisieren. So kündigt der Völkische Beobachter an: „Die Israelitische Kultusgemeinde richtet im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen ab sofort eigene Verkaufsstellen ein, in denen die in München ansässigen Juden ihren notwendigen Bedarf decken können. Zutritt zu diesen Verkaufsstellen haben nur Juden.“

1955 – Rückgabe des Synagogengrundstücks

München-Kreuzviertel * Das ehemalige Grundstück der Hauptsynagoge wird 1955 an die Israelitische Kultusgemeinde zurückgegeben. Da ein Wiederaufbau oder Neubau einer Synagoge an dieser Stelle aus verschiedenen Gründen nicht realisierbar erscheint, veräußert die Gemeinde Teile des Areals an den Karstadt-Konzern. Den Bereich, auf dem sich die Hauptsynagoge befunden hat, erwirbt die Stadt München. Dort entsteht eine Grünanlage. Zugleich vereinbaren die Stadt und die Israelitische Kultusgemeinde, an dem historischen Ort ein Denkmal zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge und die Verfolgung der Münchner Juden zu errichten.

13. Februar 1970 – Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * Bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße 27 kommen zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode.

9. November 2006 – Die Hauptsynagoge am Jakobsplatz wird eingeweiht

München-Angerviertel * Die neue Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde am



Jakobsplatz wird eingeweiht.

9. November 2006 – Einweihung der neuen Hauptsynagoge Ohel Jakob

München-Angerviertel * Am 9. November 2006 wird die neue Hauptsynagoge Ohel Jakob im Jüdischen Zentrum am St.-Jakobs-Platz feierlich eingeweiht. Mit ihr kehrt der Name „Ohel Jakob“ nach München zurück, den bereits die 1938 zerstörte orthodoxe Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße getragen hatte. Wenig später wird auch das unmittelbar angrenzende Gemeindehaus eröffnet, das heute Sitz der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ist. Das neue Jüdische Zentrum mit Hauptsynagoge, Gemeindehaus, Jüdischem Museum und Kulturzentrum markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Lebens in München. Erstmals seit der nationalsozialistischen Verfolgung erhält die jüdische Gemeinde wieder ein sichtbares und repräsentatives Zentrum im Herzen der Stadt. Ein unterirdischer „Gang der Erinnerung“ verbindet Synagoge und Gemeindehaus und erinnert an die rund 4.500 Münchner Jüdinnen und Juden, die zwischen 1933 und 1945 Opfer des Nationalsozialismus wurden. Mit dem Jüdischen Zentrum entsteht zugleich ein Ort religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Die Israelitische Kultusgemeinde verfügt heute über zahlreiche Einrichtungen, darunter Synagogen, rituelle Tauchbäder, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste sowie jüdische Friedhöfe. Als Einheitsgemeinde vereint sie Mitglieder unterschiedlicher religiöser Prägungen und bildet das Zentrum des jüdischen Lebens in München und Oberbayern.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.

9. November 2018 – Gedenktafeln erinnern an die Familie Schüle

München-Haidhausen * An der Fassade des Unionsbräu in der Einsteinstraße 42 sowie im Innenhof werden zwei Gedenktafeln zur Erinnerung an die jüdische Brauerfamilie Schüle enthüllt. Die vom Münchner Bildhauer Toni Preis gestalteten Tafeln würdigen die Bedeutung der



Familie für die Geschichte der Unionsbrauerei, die Entwicklung Haidhausens und die Münchner Brauwirtschaft. An der Feierstunde nehmen unter anderem Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Dr. Charlotte Knobloch, teil. Die Tafeln erinnern zugleich an die Verfolgung der Familie während der NS-Zeit, ihre Emigration sowie an ihren Beitrag zum Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg.
